

Volksmacht

Wagnisbriefe:
 Die wöchentliche Monatsbeilage 10 Pf.
 Die monatliche Monatsbeilage 1.00 Pf.
 Die vierteljährliche Monatsbeilage 4.00 Pf.
 Die halbjährliche Monatsbeilage 8.00 Pf.
 Die jährliche Monatsbeilage 16.00 Pf.

Wagnisbriefe:
 In Danzig durch unsere Zweigstellen monatlich 1.00 Pf.
 Durch die Post bezogen außerhalb Danzigs monatlich 1.10 Pf.
 Die halbjährliche Monatsbeilage 8.00 Pf.
 Die jährliche Monatsbeilage 16.00 Pf.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Danzig, Paradiesgasse 32. Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften. Telephon: Redaktion 3795, Expedition 3290.

Nr. 125 Dienstag, den 3. Juni 1919 10. Jahrgang

Auseinandersetzung über den Vorfrieden.

Sie überlegen.

Aus Paris liegen recht widersprechende Meldungen vor. Nach der einen sollen drei Mitglieder des Vierzehnter Ausschusses für Verhandlungen mit Deutschland sein, nur Clemenceau soll sich dagegen sträuben. Nach einem anderen Telegramm soll es ausgemacht sein, daß die Entente auf der Anerkennung ihres Entwurfs besteht. Wir geben heute dieser einander widersprechenden Meldungen wieder. Eines scheint aber aus allem, was aus Paris und London gedruckt wird, hervorzugehen: die Entente überlegt zurzeit ernsthaft, was zu tun ist.

Der geschickte deutsche Gegenvorschlag macht eben eine glatte Ablehnung nicht gar so leicht. Es heißt allerlei Beschränkung auf sich nehmen, ein Volk, das bereit ist, hier unersinkliche Kosten zu tragen, vollends zu vernichten. Einmal kriegt man von einem kaiserlichen Deutschland überhaupt nichts mehr, so daß allmählich vor allem in Finanzkreisen die Erkenntnis dämmert, man müsse sich mit dem begnügen, was Deutschland geben zu können glaubt. Dann aber wächst, abgesehen von diesen rein finanzpolitischen Bedenken, auch der Widerstand der Arbeiterklasse gegen den Vorfrieden infolge der Gegenvorschläge.

Wir sind nicht so naiv, wie viele Unabhängige und Kommunisten, die da glauben, die Weltrevolution werde im Gondumdrehen diesen Vertrag zerreißen. Doch sowohl in der einen als in der anderen Richtung auf die Wahrung dieses imperialistischen Friedens vermag auch der Protest der Arbeiter auszuüben.

Obwohl es nun klar zu Tage liegt, daß unsere Gegenvorschläge von der Entente nicht achtlos beiseite gelegt werden können, sind die Alldeutschen doch und daran, alles, was von deutscher Seite gesagt worden ist, in Grund und Boden zu verdammten. Wir sind die Lechten, die bestreiten, daß das, was wir der Not gehorhend herzugeben bereit sind, rechtlich viel ist. Doch die Alldeutschen haben das geringste Recht, derart in Entzweiung zu machen. Sie haben trotz aller Warnungen der Sozialdemokratie, das Volk in diesen Krieg hineinzuziehen und sind die wirklichen Schuldigen an diesem Zusammenbruch. Wenn sie auch jetzt noch zum neuen Krieg treiben, so mündert uns das durchaus nicht. Ihr ganzes Verhalten ist das des Bankrotteurs.

Das deutsche Volk jedoch wird sich hüten, zum zweitenmal auf den Seim zu gehen. Es hat lange genug gelitten und gekämpft, um die Haltung der Regierung und der Sozialdemokratie zu verstehen, die alles tun, um Verhandlungen zustandezubringen und gerade aus dem Grunde diese Gegenvorschläge eingereicht haben.

gegenwärtigen Form unerfüllbar. Wenn Deutschland die übernommenen Verpflichtungen des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete, der Wiederaufnahme und der Entschädigung, die es anerkannt hat, aber wirklich ausführen soll, so darf man seiner Arbeitsmöglichkeit nicht die in den Friedensbedingungen vorgesehenen Fesseln anlegen. Der Zentralrat erwartet daher, daß die sachlichen Darlegungen der deutschen Delegation die Entente-mächte davon überzeugen werden, daß im Interesse ihrer eigenen Anprüche weitgehende Änderungen der einzelnen Bestimmungen getroffen werden müssen. Durch die Abtretung deutscher Gebiete gegen den Willen der Bevölkerung wird nicht nur das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes auf das schwerste verletzt, sondern es werden ihm unentgeltliche Grundbesitz seines wirtschaftlichen Lebens entzogen. Der Zentralrat appelliert an die Arbeiterschaft der Entente-länder im Interesse eines dauernden Friedens ihre Stimme zu erheben gegen diesen Vertrag der Vergewaltigung eines ganzen Volkes.

Von der deutschen Regierung und der Friedensdelegation erwartet der Zentralrat, daß sie alle zweckdienlichen Mittel anwenden, um die Entente von der praktischen Undurchführbarkeit dieser Bedingungen zu überzeugen und daß sie durch bessere Vorschläge zeigen, wie die von uns anerkannten Ansprüche der Entente-länder auch wirklich erfüllt werden können.

Der Zentralrat glaubt, daß die Friedenskonferenz in Deutschland nicht auf die Form „annehmbar oder ablehnbar“ gestellt werden darf, sondern daß es sich nunmehr einzig und allein darum handelt, durch positive politische Arbeit dafür zu sorgen, daß der Geist, der jetzt aus den Friedensbedingungen spricht, durch den Geist der Verständigung und Verständigung ersetzt wird.

Gegen die Hochverräter.

Welt über 100 rheinische, rheinische und pfälzische Mitglieder der deutschen Nationalversammlung und der preussischen Landesversammlung aus allen Parteien waren am 1. Mai einer Einladung des Ministerpräsidenten Scheidemann zu einer Aussprache über die Selbstständigkeitsbestrebungen in den Rheinlanden gefolgt, die in Berlin stattfand.

In vierstündiger Aussprache, bei der das ganze Material noch einmal aufgearbeitet wurde, trat völlige Uebereinstimmung zwischen Regierung und Abgeordneten insofern zutage, als der Gedanke einer Loslösung vom Reich als völlig undisutabel von allen Seiten entworfen wurde. Vor Verabschiedung der Friedensverhandlungen und vor Friedensabschluss könne auch an eine Änderung des staatsrechtlichen Verhältnisses zu Preußen nicht gedacht werden.

Ein Plakatputsch.

Frankfurt a. M., 1. Juni. (B. L. B.) In Wiesbaden und Mainz wurde heute von dem rheinischen dem nationalsozialistischen und dem pfälzischen Arbeiterschweig, jedoch ohne Namensnennung unterzeichnete Plakate angeschlagen, auf den die Gründung einer rheinischen Republik bekanntgegeben werden. Diese rheinische Republik soll nach dem Aufruf eine Friedensrepublik sein und das Rheinland, Rheinbaben, die Rheinpfalz und das Fürstentum-Birkenfeld umfassen. Nur eine einzige Zeitung des besetzten Gebietes hat davon Notiz genommen und sich in zustimmendem Sinne geäußert, der „Mainzer Neueste Anzeiger“, ein Blatt, das schon seit einigen Wochen als von feindlicher Seite gekauft liegt. Selbst wenn es sich bei diesen Vorgängen nur um großen Unfug handeln sollte, würde Provokation vorliegen. Die rheinische Bevölkerung bekennt sich fast einstimmig zum Reich.

Entspannung in Paris?

Berlin, 2. Juni. Verschiedene Blätter sprechen von einer Entspannung in Paris. Der Pariser Berichterstatter der „Post“ sagt: Es scheint ein Zeitstreit vorhanden, Deutschland in vorläufigen Formen den guten Willen zu zeigen. Die bisher zurückgehaltene deutsche Mantelnote werde in den weißen Blättern ausführlich veröffentlicht. Die persönliche Antipathie Woodrow Wilsons ist nicht ohne Sympathie hervorzuheben.

Im „Lagebl.“ heißt es aus Versailles: Aus verschiedenen Beobachtungen sei zu schließen, daß sich zurzeit eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den Vorfrieden zwischen den Alliierten abspiele.

Im „Vorwärts“ heißt es: Im französischen Senat hat der greise Ribot eine Rede gehalten über die Finanzlage Frankreichs gegeben, bei der sich auch den Nichtfranzosen die Haare sträuben. Frankreich treibt rettungslos dem Bankrott zu, wenn es seinen Schulden vernachlässigt. Und dieses Frankreich soll nach dem sogenannten Friedensvertrag das Recht haben, unbefristet die besetzten Gebiete 15 Jahre festzuhalten. Es soll in schon geräumte Gebiete wieder einzürücken dürfen, wenn Deutschland die vertragsmäßig übernommenen unerfüllbaren Bedingungen nicht erfüllt.

Sie befehlen.

Die deutsche Waffenstillstandskommission hat eine neue Note der Alliierten erhalten, in der es u. a. heißt:

1. Die deutschen Streitkräfte sind in den baltischen Provinzen zu belassen. Es wird eine Linie festgelegt, bis zu der sie sich zurückziehen können.
2. General Graf von der Goltz kann in seinem Kommando unter folgenden Bedingungen belassen werden:
 - a) Der General erhält deutscherseits Befehle, die zur Errichtung einer Koalitionsregierung geeignet sind. In ihr sollen sämtliche lettischen Parteien entsprechend ihrer Bedeutung vertreten sein.
 - b) Rückgabe der Waffen an die lettischen Truppen.
 - c) Ungehinderte Durchführung der Mobilisierung der lettischen Streitkräfte.
 - d) Zulassung völliger Freiheit für die neue lettische Regierung in ihren Amtshandlungen.

Zur Annahme dieser Bedingungen wird ab 1. Juni eine Frist von 15 Tagen gestellt, nach welcher die Frage des weiteren Verbleibens des Generals von der Goltz geprüft wird.

Bekanntlich hatte die deutsche Regierung gefordert, daß man der Zurückziehung der deutschen Truppen aus dem Osten keine Schwierigkeiten bereite. Als Antwort erhalten wir den hochmütigen Befehl: die Streitkräfte sind zu belassen! Wir sehen nicht ein, warum man einem derartigen Befehl folgen soll. Unsere Soldaten sind zu gut dazu, für andere drängen herumzuliegen; man soll sie hinter die deutsche Grenze zurückziehen.

Ein trübes Bild

entwurf am Sonnabend der Eisenbahnminister Deiser, indem er u. a. ausführte: Die jetzigen Verhältnisse der Bahnverwaltung sind sehr betrübend. Der Betriebskoeffizient ist von 80 auf 100 gesunken. Ich hoffe, in diesem Jahre mit 70 Millionen Mark Geblöbtrag auszukommen. Ginge es im vorjährigen Tempo weiter, dann würden in zwei Jahren ein Geblöbtrag von nicht weniger als fünf Milliarden ergeben. Kommen wir zu einer allgemeinen Senkung der Lebensmittelpreise, dann wird auch wieder die Arbeitslosigkeit und Arbeitsfreudigkeit bei uns eintreten. Der Niedergang unserer Leistungsfähigkeit beruht auch auf der Abnutzung der Maschinen. Der Achtstundentag würde in normalen Zeiten die Leistungen nicht verringert haben. Bei der jetzigen Entzweiung des Personals aber kostet die Durchführung auch für dieses Jahr immer noch mindestens 27 Millionen Mark. Sehr hart leiden wir unter den Erbschaften, unter dem Mangel an Kupfer. Es mangelt nicht an Gütern, sondern an Personenzug. Wir werden Güterwagen in Personenzug umwandeln. Das Raucherbot in den Nichtraucherwagen wird nicht beachtet. Mit dieser Unruhe muß sich wieder ernstlich aufgeräumt werden. Sehr verwerflich ist die mangelnde Rücksichtnahme, die manche Schieber, Pufferer und ähnliche Elemente unseren Kriegsbeschädigten bezogen. Der Mann, der für das Verzeihen an der Front gekämpft hat, darf wohl verlangen, daß ihm wenigstens ein Teil der Entschädigung zugeführt werden muß. Wir werden wieder 42 Prozent unserer Personenzüge laßten und die Halberstadt-

Gegen die Steuer-Flickschusterei

Die neuen Steuervorlagen, die der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollen, atmen noch den Geist der alten Zeit. Anstatt nun einmal die großen Vermögner heranzukriegen und ein Steuerprogramm zu schaffen, welches auch wirklich dem Staate Einnahmen einbringt, die ein Bedürfnis zur Gründung unserer Finanzen sein könnten, beschränkt man sich darauf, allabendlich indirekte Steuern in die Welt zu lassen und bestehende Einkommensteuern bis zum Wahnsinn auszuweiden.

Unter den Steuervorlagen, mit denen sich die Nationalversammlung demnächst beschäftigen soll, befinden sich natürlich in erster Reihe wieder die neuen Tabaksteuern.

Das alte Wort: „Wismar“: „Der Teufel muß mehr hinter“ findet angesichts der trübseligen Finanzlage des Reiches jetzt seine Erfüllung in einem Umfang, wie es sich vor dem Krieg kaum hätte träumen lassen. 990 Millionen Mark wird allein durch die Besteuerung des Tabaks in den letzten Reichsjahren geleistet werden; 500 Millionen Mark entfallen davon auf Zigaretten, Rauch-, Rohr- und Schnupftabak, die übrigen 300 Millionen Mark soll die Zigarettensteuer einbringen. In diesem Zweck schlägt die Regierung eine grundlegende Änderung im System der Tabakbesteuerung vor: In die Stelle der Gewichtssteuer auf den Zigaretten, des Gewichtskoeffizienten für ausländische Zigaretten soll die Besteuerung der Fertighabfabrik treten, und zwar in Gestalt einer Verbrauchssteuer mit starker progressiver Staffelung nach dem Kleinverkaufspreis, die die mittleren und besseren Sorten am härtesten trifft. Der Entwurf der neuen Tabaksteuervorlage ist der Öffentlichkeit noch nicht übergeben worden, aber eine Korrespondenz teilt über den Hauptinhalt schon folgendes mit:

Für Zigaretten sind 14 Steuerstufen vorgesehen, von denen aber die erste Hälfte nur theoretisches Interesse hat, weil sie die Zigaretten im Kleinverkaufspreis von 8 Pf. bis zu 2 Pf. bis 2 Pf. 50 Pf. das Stück wird es in Zukunft schwerlich geben, es ist sogar zweifelhaft, ob es möglich sein wird, eine Zigarette unter einem Kleinverkaufspreis von 2 Pf. bis zu 4 Pf. das Stück herzustellen. Die - raucherbekannt - 2-Pf.-Zigarette soll nach

Streits in Frankreich.

Versailles, 1. Juni. Die „Populaire“ meldet, haben gestern 18 000 Bergleute im Departement Pas de Calais beschlossen, morgen in den Generalstreik zu treten, um Erhöhung ihrer Löhne, Einführung des Achtstundentages und Verbesserung der Altersrenten durchzusetzen. Demselben Blatt zufolge droht ein Generalstreik aller Metallarbeiter im Pariser Gebiet. Die Bewegung scheint auch auf Mittelfrankreich überzugreifen.

Berlin, 2. Juni. Die Streikbewegung in Paris, die hauptsächlich die Einführung des Achtstundentages und Erhöhung der Löhne zum Ziele hat, nimmt laut „Vorwärts“ ständig zu, und der kommunistische Streik der Bauangehörigen scheint aus neuen Aufständen zu bestehen.

Zentralrat und Frieden.

Der Zentralrat der Republik sagte zur Friedensfrage diese Entschädigung: Die Friedensbedingungen, die dem unterlegenen deutschen Volk von den Siegern auferlegt werden sollen, sind von unersinklichen Kosten und in ihrer

Der englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

Die englische Währungsverweigerer in Köln

erläßt diese Bekanntmachung: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der deutschen Regierung, welche zur Verherrlichung am 29. Mai 1919 zugelassen wurde, befehle ich folgendes: Die Bekanntmachung veröffentlicht einen Artikel des Reichsfinanzgesetzbuch betreffend. Dieser Artikel wird in dem von uns besetzten Gebiet nicht rückgängig gemacht, es sei denn, daß diesbezügliche Anordnungen von höherer Stelle gegeben werden. Im Interesse des Staates und der Ordnung, auf welche die britische Behörde besteht, verbiete ich irgendwelche Schritte bezüglich Artikel 51 von Seiten der deutschen Behörden ohne meine vorherige ausdrückliche Genehmigung.

**Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.**

Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.

**Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.**

Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.

**Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.**

Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.

**Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.**

Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.

Der Prozeß Ledebour.

Berlin, 7. Mai.

Es wird in den Zeit der Jugendvereins
angehen, der sich an den zweiten Teil der
Kasseler Reichs-Verfassung, die die
Kasseler Reichs-Verfassung, die die
Kasseler Reichs-Verfassung, die die

Politisches.

Die Stadt hat Oberbürgermeister Vogel aus
dem Reichstag gewählt. Die Stadt hat
Oberbürgermeister Vogel aus dem Reichstag
gewählt. Die Stadt hat Oberbürgermeister
Vogel aus dem Reichstag gewählt.

Gewerkschaftliches.

Unter dem Namen „Fort mit den Kredit-
bewilligern“ den „Vertrieben an der Arbeiterklasse“
magazin die unabhängigen Gewerkschaftsbeamten.
So auch Herr Siegle und seine Anhänger im
Holländischen Reichstag.

**Am die sozialdemokratischen Lehrer
und Lehrerinnen!**

Am Donnerstag ist durch eine aus fast allen
Teilen Deutschlands bestehende Konferenz eine
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer
und Lehrerinnen

Germinal.
Roman von Emile Zola.

Die Regierung hat den Entwurf eines Reichs-
Bürgerrechts-Gesetzes vorgelegt. Es enthält
die Bestimmungen über die Einbürgerung
ausländischer Staatsangehöriger in die
deutsche Staatsangehörigkeit.

Politisches.

Die Stadt hat Oberbürgermeister Vogel aus
dem Reichstag gewählt. Die Stadt hat
Oberbürgermeister Vogel aus dem Reichstag
gewählt. Die Stadt hat Oberbürgermeister
Vogel aus dem Reichstag gewählt.

Gewerkschaftliches.

Unter dem Namen „Fort mit den Kredit-
bewilligern“ den „Vertrieben an der Arbeiterklasse“
magazin die unabhängigen Gewerkschaftsbeamten.
So auch Herr Siegle und seine Anhänger im
Holländischen Reichstag.

**Am die sozialdemokratischen Lehrer
und Lehrerinnen!**

Am Donnerstag ist durch eine aus fast allen
Teilen Deutschlands bestehende Konferenz eine
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer
und Lehrerinnen

In der Anstalts- und Arbeitsbeschaffungs-Programme...

Verfügung gestellt worden, so daß etwa 40 Personen...

Namensliste der Teilnehmer...

Ordnung. Die Oberleitung, so treibt auch in unserer...

Der Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft...

Matern. In einer gut besuchten Versammlung...

Aus aller Welt.

Getreide als Brennmaterial.

Während wir in Deutschland hungern und auch...

1. Volksvorstellung.

Man sollte einer Aufführung auf der Bühne des...

und haben der Sportbegeisterten, Männer sind es...

Mehr Magermilch.

Mg. Auf die doppelte Menge Magermilch verabsichtigt...

Starke sein!

Starke sein, das ist jetzt von Nutzen! Nicht verzagen!

Amerikanisches Roggenmehl.

Der Magistrat beabsichtigt, in den nächsten Tagen amerikanisches...

Ziegelsteine werden verschüttet.

Zugobachtet die notwendige Baulastigkeit darniederliegt...

Keine Post beim Einkauf.

Die geringen sind bei den Geschäftsleuten einwillen ausverkauft...

Der Streik bei der Weichsel.

Über lange Arbeitszeit klagt das im Kostvshaus...

Wahlliche Kraftprobe der Polen.

Bei der förmlich erfolgten Wahl der Arbeitervertreter...

Achtung! 5. Bezirk (Langstadt).

Die Bezirksversammlung von Langstadt findet, wie immer...

Diskussionsabend.

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Diskussionsabend für den Bezirk...

Berufung des Schülerbundes.

In der letzten Versammlung des Schülerbundes wurde die...

Ein Hausfrauen-Verein zur Wahrnehmung...

der wirtschaftlichen Interessen aller Hausfrauen soll...

Bereich 'Arbeiter-Jugend', 'Jugendklub', 'Jugendklub...'

Fußball. In den Bezirksfeldern der Fußball...

Wintergarten. In unserem beliebten Sommer...

Starke sein!

Starke sein, das ist jetzt von Nutzen! Nicht verzagen!

Amerikanisches Roggenmehl.

Der Magistrat beabsichtigt, in den nächsten Tagen...

Ziegelsteine werden verschüttet.

Zugobachtet die notwendige Baulastigkeit darniederliegt...

Keine Post beim Einkauf.

Die geringen sind bei den Geschäftsleuten einwillen...

Der Streik bei der Weichsel.

Über lange Arbeitszeit klagt das im Kostvshaus...

Wahlliche Kraftprobe der Polen.

Bei der förmlich erfolgten Wahl der Arbeitervertreter...

Achtung! 5. Bezirk (Langstadt).

Die Bezirksversammlung von Langstadt findet, wie immer...

Diskussionsabend.

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr Diskussionsabend für den Bezirk...

Berufung des Schülerbundes.

In der letzten Versammlung des Schülerbundes wurde die...

Ein Hausfrauen-Verein zur Wahrnehmung...

der wirtschaftlichen Interessen aller Hausfrauen soll...

Aus den Ostprovinzen.

Der parlamentarische Aktionsausmaß.

für Ost- und Westpreußen und den Reg.-Bez. Bromberg...

Der Entlassungsantrag.

Die Forderungen der Kriegsschädigten auf einen...

Der Entlassungsantrag.

Die Forderungen der Kriegsschädigten auf einen...

2. Volksvorstellung.

Man sollte einer Aufführung auf der Bühne des...

Der Entlassungsantrag.

Die Forderungen der Kriegsschädigten auf einen...

Der Entlassungsantrag.

Die Forderungen der Kriegsschädigten auf einen...

2. Volksvorstellung.

Man sollte einer Aufführung auf der Bühne des...

Der Entlassungsantrag.

Die Forderungen der Kriegsschädigten auf einen...

Der Entlassungsantrag.

Die Forderungen der Kriegsschädigten auf einen...

Letzte Nachrichten.

Obersteifen ein Schacherobjekt.

a. Berlin, 2. Juni. Die der 'Montag' zuverläßlich...

Die Nationalregierung vor dem Rücktritt.

Wien, 1. Juni. Das neue Wiener Tagesblatt enthält...

Gewaltige Explosion.

Brüffel, 1. Juni. (Sapras Henric.) Infolge eines...

Reue Begegnung bei Witten.

a. Oelsingen, 1. Juni. Bei Witten hat ein neues...

Standesamt vom 21. Mai.

Inhaltsliste der Eheverträge vom 21. Mai 1918...

Verantwortlich für Redaction: Karl Siedler. Druck: ...

